

Wer wird CVP-Fraktionschef?

Parteiinterne Findungskommission legt in der Herbstsession die Anforderungen fest

Von Dominik Feusi, Bern

Die CVP sucht einen neuen Fraktionschef. Der Freiburger Ständerat Urs Schwaller hat bekannt gegeben, dass er auf Ende Jahr zurücktreten will. Jetzt macht sich eine Findungskommission unter dem Zuger Ständerat Peter Bieri daran, ein Stellenprofil zu erarbeiten. Dazu gehören gemäss Bieri vor allem gute Sprachkenntnisse.

An einer Fraktionstagung im Januar soll dann der neue Fraktionschef bestimmt werden. Das Rennen ist offen. Da Parteipräsident Christophe Darbellay 2015 zurücktritt und die CVP zudem irgendwann ihre Bundesrätin Doris Leuthard ersetzen muss, wird die Wahl kompliziert und parteiinterne Retourkutschen wahrscheinlich. Auch darum halten sich mögliche Kandidaten bedeckt. Doch das Kandidatenkarussell dreht sich bereits.

Von vielen wird der Solothurner Pirmin Bischof als Favorit genannt. Ihm werden auch Ambitionen auf einen Bundesratsposten nachgesagt. Doris Leuthard hat sich in der Vergangenheit für den Solothurner eingesetzt – ihn beispielsweise an einer grossen Schelte anlässlich des Fraktionsausfluges vor drei Jahren als einen von wenigen ausdrücklich gelobt. Erfahrungsgemäss ist es bei Bundesratswahlen problematisch, Fraktionschef und Kandidat gleichzeitig zu sein.

Zu rechts, zu dominant

Ebenfalls von Doris Leuthard in höchsten Tönen gelobt wurde damals Nationalrat Gerhard Pfister. Vielen ist der scharf denkende Zuger aber zu rechts und zu dominant. Vor Jahren wurde er in der Partei für seine Haltungen kritisiert und in der Fraktion gelobt, heute scheint es umgekehrt zu sein. Bei den Diskussionen um den Atomausstieg hat er es sich mit vielen Leuten verschert – dem Vernehmen nach auch mit Doris Leuthard. Pfisters Chancen scheinen eher gering. Am CVP-Parteitag vom vergangenen Samstag war aber auch von Parteifunktionären ausserhalb der Innerschweiz zu hören, Pfister solle sich eine Kandidatur überlegen. Brisant dabei wäre, dass der Zuger Peter Bieri als Präsident der Findungskommission nicht unbedingt gut auf den Zuger Nationalrat zu sprechen ist.

Weiter im Rennen ist die Walliserin Viola Amherd. Sie ist heute Vizepräsidentin der Fraktion und Gruppenchefin im Nationalrat. Seit sie Ende 2012 das Stadtpräsidium von Brig abgegeben hat, verfügt die Familien- und Jugendpolitikerin über mehr Zeit für Bundesbern. Wenn sich die Alphatiere in der CVP wegen des Jobs in die Haare geraten, könnte ihre Stunde schlagen. Mögliche Kandidaten sind auch die Ständeräte Stefan Engler aus Graubünden und Konrad Graber aus Luzern. Wie Urs



Kandidatenkarussell für den CVP-Fraktionschef. Von diesen Parlamentariern wird geredet: Konrad Graber (LU), Viola Amherd (VS), Pirmin Bischof (SO), Gerhard Pfister (ZG), Stefan Engler (GR), Elisabeth Schneider-Schneider (BL).

Schwaller ist Engler ehemaliger Regierungsrat. Er hat sich in kurzer Zeit in der Fraktion eine hohe Akzeptanz erarbeitet und gilt als ruhiger und seriöser Schaffer, der aber klare Haltungen einnimmt.

Der Wirtschaftsprüfer Graber ist zurückhaltend, was seine Ambitionen angeht. Graber hat in der letzten Session bei der Behandlung der Lex USA Umsicht und Sachlichkeit bewiesen. Es wird aber erzählt, dass er seiner Frau vor der Kandidatur für den Ständerat 2007 habe versprechen müssen, weder

Bundesrat noch CVP-Präsident zu werden. Bei einer Wahl zum Fraktionschef müsste er wohl auf Mandate verzichten, zum Beispiel das Präsidium des Milchverarbeiters Emmi. Das dürfte Graber nicht leichtfallen.

Oder Schneider-Schneider?

Abwartend verhält sich auch die Baslerbieter Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneider. Falls man sie anfrage, werde sie es sich überlegen, lässt sie ausrichten. Ihre Chancen steigen, wenn nach einer ausgleichenden Kan-

didatin gesucht wird. Ob der Posten besser von einem Nationalrat oder einem Mitglied der kleinen Kammer eingenommen wird, lässt Peter Bieri als Präsident der Findungskommission offen. Gleichwohl betont er, dass Parteipolitik eher im Nationalrat zu Hause sei und darum naturgemäss ein Nationalrat besser zu dieser Rolle passe.

Falls tatsächlich ein Nationalrat Fraktionschef wird, könnte sich Bieri als CVP-Gruppenchef im Ständerat gute Chancen ausrechnen, dessen Stellvertreter zu werden.

Drei Jahre für Datendiebstahl

Abgekürztes Verfahren für Mitarbeiter der Hyposwiss Bank

Bellinzona. Ein ehemaliger Mitarbeiter der Hyposwiss Privatbank soll am Donnerstag wegen Datendiebstahls vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona (TI) erscheinen. Die Bundesanwaltschaft (BA) und der Angeklagte haben sich bereits auf eine teilbedingte Gefängnisstrafe von drei Jahren geeinigt.

Das Gericht muss dieser Vereinbarung am Donnerstag in einem abgekürzten Verfahren noch zustimmen. Vorgesehen ist, dass der Beschuldigte ein Jahr der Haftstrafe absitzen muss. Dieser hat bereits zugestimmt, die Zivilansprüche der Hyposwiss Privatbank von 32 500 Franken anzuerkennen.

Der Datendiebstahl geht auf die Jahre 2010 bis 2012 zurück. Der angeklagte Ex-Bankmitarbeiter wollte aus Geldwäschereivorwürfen seitens des Oligarchen Oleg Deripaska Profit ziehen. Der russische Unternehmer hatte wegen einer angeblich dubiosen Aktientransaktion seines Gegenspielers Vladimir Potanin bei der BA Anzeige gegen mehrere Personen erstattet. Von den Vorwürfen war auch die Hyposwiss betroffen. Der Bankmitarbeiter begann gezielt, Datenbanken zu durchsuchen und Informationen anzubieten. Er muss sich wegen qualifizierten wirtschaftlichen Nachrichtendienstes, Verletzung des Geschäftsgeheimnisses und des Bankgeheimnisses verantworten. SDA

Nachrichten

Schlechte Bilanz beim Atomausstieg

Bern. Umweltorganisationen schauen dem Bundesrat bei der Umsetzung der Energiewende auf die Finger. Mit einem neu lancierten Energiewende-Index wollen sie jedes Jahr aufzeigen, ob die Schweiz punkto Energiewende auf Kurs ist. Laut dem diesjährigen Index schneidet die Schweiz bei der Energieeffizienz und beim Atomausstieg schlecht ab. Bei der Energieeffizienz reichen die Massnahmen wegen des steigenden Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums nicht aus. Im Bereich Atomausstieg hätten die Umweltorganisationen noch nichts erreicht. SDA

Cumuluspunkte für einen guten Zweck

Zürich. Bei der Migros können Kunden ihre Cumulus-Punkte für einen guten Zweck spenden. Diese Möglichkeit wird von den Kundinnen und Kunden rege genutzt. Seit zwei Jahren hat sich der Spendenbetrag mehr als verzehnfacht. Von dieser Spendenform profitieren diverse Schweizer Hilfswerke. Bis heute sind mehr als 140 000 Franken zusammengekommen. SDA

Neuer Chefredaktor bei der «Berner Zeitung»

Bern. Der 39-jährige Peter Jost wird Anfang 2014 neuer Chefredaktor der «Berner Zeitung». Damit übernimmt der heutige stellvertretende Chefredaktor die Leitung der Redaktion, die Michael Hug Ende 2013 aus gesundheitlichen Gründen abgibt. Peter Jost ist laut einer Mitteilung des Medienunternehmens Espace Media seit 1999 für das Unternehmen tätig. SDA

Gripen-Entscheid fällt erst heute

Winterthur. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SIK) hat gestern während eines halben Tages das Thema Gripen diskutiert. Ein Entscheid zuhanden des Nationalrats wurde dabei noch nicht gefasst. Dieser soll heute getroffen werden. Anlässlich eines Empfangs durch die Winterthurer Stadtregierung gaben sich die SIK-Mitglieder gegen aussen zu. Es habe in der Gripenfrage schon genug Indiskretionen gegeben, sagte Sicherheitspolitikerin Ursula Haller (BDP, BE). Die SIK hat sich offenbar darauf geeinigt, dass bis zum offiziellen Informationszeitpunkt von heute 16 Uhr keine Informationen nach aussen gegeben werden. bg

Die ungehörten Rufer

Von Thomas Wehrli

«Kaffee, Mineral, Sandwiches». Die Wortfolge wirkte auf mich jedes Mal magisch, damals, in den 80er-Jahren, als ich ab und an im Sommer mit dem Zug – aus heutiger Sicht: mit einer unklimatechnisch-miefend-überhitzten Rumpelkiste – Richtung Tessin unterwegs war. «Aufgepasst: Erfrischung im Anmarsch», mahnten die ob dem übertemperierten Raumklima längst lethargisch gewordenen Hirnzellen umso eindringlicher, je näher der Rufer mit seiner Minibar kam.

Bis er die wenigen Meter durch den Waggon bis zu mir endlich zurückgelegt hatte – es dauerte eine gefühlte Ewigkeit. Zack-Bumm. «Macht zwei Franken.» Zack-Bumm. «Macht Einsneuzig.» Dann rumpelte er ein Abteil weiter. «Ist leider ausgegangen. Darf es etwas anderes sein? Wir haben...» Auch das noch, jetzt dürstet mich noch länger. Zack-Bumm. «Macht Vierzwanzig.» Tempi passati. Heute dauert der Durchmarsch durchs Abteil oft keine Minute mehr. Kaum jemand kümmert sich um den Mann mit dem roten Wägeli, er ist zum einsamen Rufer in der Wüste mutiert. Oder vielmehr: zum erfolglo-

sen Rufer im Angebotsüberfluss. Die meisten Reisenden, die etwas konsumieren wollen, holen es sich heute vor dem Einsteigen an einem der unzähligen Verpflegungsstände an den Bahnhöfen. Latte Macchiato, Cappuccino, Bretzel, Donuts, Wraps, frisch gepresste Säfte – es gibt nichts, was es nicht gibt. Und bald schon heisst es auch auf ausgewählten Perrons: «Mit oder ohne Zucker?» Denn die SBB sind daran, die (ach so leeren) Bahnsteige als zusätzliche Verkaufsfläche zu entdecken. Und die Minibars? Sie müssen Federn lassen oder, treffender, Räder: In vielen Intercity-Neigezügen wartet man seit April vergebens auf den Kaffee-(Weck-)Ruf. Für einen dreimonatigen Versuch wurden diese im Frühling stillgelegt und durch einen zweiten Speisewagen ersetzt. Die drei Monate sind um. Der Test läuft weiter. Bis Oktober, wie die SBB der «Sonntagszeitung» sagten. Dann sehe man weiter. Wie es herauskommt, leuchtet im Kaffeesatz. Man wolle die Minibars, dieses «nationale Heiligtum», nicht abschaffen, versicherte die Chefin Personenverkehr, Jeannine Pilloud, im April. Sicher. Auch die Kirchen will niemand abschaffen. Die Bänke bleiben trotzdem leer.

Warnung vor Steuerausfällen

Städteverband kritisiert Unternehmenssteuerreform III

Bern. Die geplante Unternehmenssteuerreform III würde bei Städten und Gemeinden zu massiven Steuerausfällen führen, warnt der Städteverband. Die Ausfälle werden auf über 1,5 Milliarden Franken geschätzt.

Das geht aus einer Erhebung des Städteverbandes und der Städtischen Steuerkonferenz hervor, die gestern in Bern den Medien präsentiert wurde. Die Städte würden laut der Studie mit der Steuerreform bis zur Hälfte ihrer Steuereinnahmen von juristischen Personen verlieren.

Bund und Kantone haben im Mai in einem Zwischenbericht die Eckpunkte für eine Unternehmenssteuerreform III skizziert. In- und ausländische Erträge sollen – auf Druck der EU – in Zukunft gleich besteuert werden.

Damit bisher privilegierte Firmen, die von tiefen Gewinnsteuersätzen auf ausländischen Erträgen profitieren, nicht von dannen ziehen, liegen verschiedene Vorschläge auf dem Tisch. Unter anderem sollen die kantonalen Gewinnsteuersätze, die auch für die Gemeinden verbindlich sind, auf minimal 12 Prozent gesenkt werden. Heute liegen sie zwischen 12 und 24 Prozent.

Hier setzt die Kritik des Städteverbandes an. Da in den Städten der Anteil der ordentlich besteuerten juristischen Personen am Gesamtsteuersubstrat hoch sei, würde die Senkung der Gewinnsteuersätze in den Städten besonders ins Gewicht fallen.

Ausfälle bis zu 60 Prozent

Die Umfrage habe ergeben, dass eine Senkung der Gewinnsteuersätze auf insgesamt 15 Prozent bei den juristischen Personen, wie dies der Bundesrat vorschlägt, Steuerausfälle von 40 bis 60 Prozent zur Folge hätte. Gemessen am Gesamtsteuerertrag schwänke der Anteil der erwarteten Ausfälle zwischen 5 und 18 Prozent.

Von den zwölf in der Studie berücksichtigten Städten und Gemeinden wäre der Steuerausfall in Ittigen bei 18 Prozent. An zweiter Stelle folgt Basel mit 15,8 Prozent, gefolgt von Biel mit 12 Prozent. Auch im Zwischenbericht von Bund und Kantonen ist von möglichen Steuerausfällen die Rede. Diese werden grob auf 0,2 bis 3,9 Milliarden Franken geschätzt. Der Bund kündigte bereits an, den Kantonen unter die Arme greifen zu wollen. SDA